

# Israel benutzt ein Militärintstrument, um seine eigenen palästinensischen Bürger:innen zu verhaften

**Die Verwaltungshaft, die lange Zeit als Waffe gegen Palästinenser unter der Besatzung eingesetzt wurde, wird allmählich auch gegen Personen mit Staatsbürgerschaft eingesetzt.**

Baker Zoubi, 972mag.com, 08.01.24

Im Schatten des von der Hamas angeführten Angriffs vom 7. Oktober und der anhaltenden israelischen Bombardierung des Gazastreifens sehen sich palästinensische Bürger:innen in Israel einer Welle der Verfolgung ausgesetzt. Hunderte wurden verhaftet oder verhört, in der Regel aufgrund von Aktivitäten in den sozialen Medien; Dutzende weitere wurden von israelischen akademischen Einrichtungen suspendiert oder entlassen; und eine jüngste Änderung des israelischen Gesetzes zur Terrorismusbekämpfung ermöglicht ein noch nie dagewesenes Maß an Überwachung.

---

**In Israel wird Verwaltungshaft als vermeintlich „präventive“ Maßnahme besonders häufig angewandt**

---

Gleichzeitig ist eine subtilere, aber ebenso gefährliche Maßnahme, mit der die Gemeinschaft weiter als „innere Feinde“ dargestellt wird, weitgehend unbenutzt geblieben: Seit dem 7. Oktober hat Israel sieben palästinensische Bürger in Verwaltungshaft genommen.

Israel wendet routinemäßig Verwaltungshaft an, um Palästinenser:innen in den besetzten Gebieten – die der israelischen Militärregierung unterstehen – auf

der Grundlage „geheimer“ Beweise willkürlich für Monate oder sogar Jahre zu inhaftieren, ohne dass die üblichen Gerichtsverfahren wie Anklagen oder die Durchführung eines Prozesses erforderlich sind. Bereits vor dem Krieg war die Zahl der Verwaltungshäftlinge mit über 1.300 höher als je zuvor in den vergangenen drei Jahrzehnten; jetzt sind es mehr als doppelt so viele. Seit der Aufhebung der Militärherrschaft innerhalb des Staates im Jahr 1966 wurde diese Praxis jedoch nur sehr selten gegen Palästinenser:innen mit israelischer Staatsangehörigkeit angewandt. Laut Nareman Shehadeh-Zoabi, einer Anwältin des in Haifa ansässigen Rechtszentrums *Adalah*, gab es in den letzten Jahren nur vier bekannte Fälle dieser Art: drei während des palästinensischen Aufstandes vom Mai 2021, der als „Intifada der Einheit“ bekannt wurde, und ein einziger Fall davor.

Anfang dieses Jahres brachte der israelische Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben Gvir, die Möglichkeit ins Spiel, diese Maßnahme in größerem Umfang gegen palästinensische Bürger einzusetzen, angeblich um gegen das organisierte Verbrechen und die Waffengewalt in den arabischen Gemeinden Israels vorzugehen. Menschenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftliche Gruppen lehnten diese Vorschläge damals entschieden ab, da sie befürchteten, dass die israelischen Behörden die Verwaltungshaft unweigerlich über die Verbrechensbe-

kämpfung hinaus ausweiten würden. Während sich Ben Gvir anfangs nicht durchsetzen konnte, wenden die Behörden diese Maßnahme heute mehr denn je gegen palästinensische Bürger:innen an, wobei ihnen der aktuelle Gaza-Krieg als Rechtfertigung dient. In den letzten Wochen wurden zwei Palästinenser aus Umm al-Fahem, einer aus Qalansawa, drei aus Arraba und Sakhnin und einer aus Majd al-Krum in Verwaltungshaft genommen.

„Vor anderthalb Monaten begann es mit drei Gefangenen, jetzt sind es sieben“, sagte Sawsan Zaher, eine Menschenrechtsanwältin, die die drei Inhaftierten aus Arraba und Sakhnin vertritt, gegenüber +972 und *Local Call*. „Das ist eine sehr besorgniserregende Eskalation.“

Hussein Manna, ein Anwalt, der einen der Inhaftierten vertritt, bezeichnete dies als „eine neue Welle der Repression gegen die arabische Gesellschaft“. Normale Aktivitäten werden plötzlich mit Anti-Terror-Gesetzen oder dem Vorwurf der Aufstachelung zum Terrorismus in Verbindung gebracht. Übliche Verhaftungen sind zurückgegangen, weil es für die Polizei schwierig ist, sie zu rechtfertigen, so dass die Verwaltungshaft ein nützliches Instrument ist, weil die Sicherheitskräfte keine Beweise vorlegen müssen.

### **Die arabische Gesellschaft wird daran gehindert, ihr Haupt zu erheben**

Am 5. Dezember wurde Jaber Mahajneh vom israelischen Inlandsgeheimdienst Shin Bet, in der nördlichen Stadt Umm al-Fahem verhaftet. Nach Angaben seines Anwalts Raslan Mahajneh (nicht direkt mit ihm verwandt) sollte er nach einer Woche Haft entlassen werden. Doch dann erhielt Mahajneh eine von Verteidigungsminister Yoav Gallant unterzeichnete Anordnung, ihn in Verwaltungshaft zu nehmen.

„Aus den Unterlagen, die wir einsehen durften, geht hervor, dass es keine wirklichen Gründe für diese Verhaftung gibt“, erklärte der Anwalt. „Er ist ein religiöser Mann, der religiöse Texte schreibt. Sie sagten, sie hätten in seinem Haus Texte gefunden, in denen vom Dschihad die Rede ist, obwohl es sich um gewöhnliche Texte aus dem Koran und religiösen Büchern handelt.“ „Selbst der Richter glaubte nicht, dass es ernsthafte Beweise gegen den Gefangenen gab. Da sich das Land aber im Krieg befindet, genehmigte er die Verwaltungshaft für [Jaber] für drei Monate und sagte, wenn sich die Umstände des Krieges ändern, könne die Frage erneut geprüft werden.“

Während die Verhafteten aus Umm al-Fahem, Sakhnin und Arraba alle aus religiösen Gründen festgenommen wurden, wurde Majd Sagir aus Majd al-Krum unter dem Vorwurf verhaftet, er stehe in Kontakt mit der *Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)* - einer palästinensischen politischen Partei, die von Israel als terroristische Vereinigung betrachtet wird. Es wurden keine Beweise vorgelegt, um diese Anschuldigung zu untermauern.

„Sie behaupten, es bestehe kein Verdacht [dass er eine Straftat begangen hat], aber es sei wahrscheinlich, dass er dies vorhabe, so dass ihn nicht zu verhaften, der Sicherheit des Staates schaden würde“, erklärte Manna, der Sagirs Anwalt ist. „Und natürlich hat das Gericht unter dem Vorwand des Krieges und des Ausnahmezustands die Inhaftierung sofort genehmigt, obwohl wir argumentiert haben, dass dies gegen seine Rechte als Bürger verstößt - dass Bürger nicht verhaftet und für längere Zeit inhaftiert werden können, wenn sie nicht gegen das Gesetz verstoßen haben. Aber dieses Argument hat nichts genützt.“

In Israel wird Verwaltungshaft als vermeintlich „präventive“ Maßnahme besonders häufig ange-

wandt. „Die ganze Idee dahinter ist illegal – Präventivhaft ohne qualifizierte Beweise“, sagte Shehadeh-Zoabi von *Adalah*. Sie verglich dies mit der Idee, man in den Kopf eines Menschen eindringen, seine Absichten erkennen und ihn aufhalten könne“, bevor er ein Verbrechen begeht. Dies sei die Art und Weise, wie Israel mit den Palästinenser:innen in der besetzten Westbank umgehe, um „den Feind zu kriminalisieren“.

Zaher ist der Meinung, dass ein Zusammenhang zwischen der aktuellen Welle von Verwaltungshaft und den Berichten nach dem Aufstand im Mai 2021 bestehen könnte, in denen u. a. in einer staatlichen Prüfung festgestellt wird, dass die israelische Polizei bei der Vorbereitung und Bewältigung der Ereignisse in jenen Wochen gründlich versagt habe. „Alle Verhaftungen unter dem Vorwand der Aufwiegelung seit Beginn des Krieges, einschließlich dieser administrativen Verhaftungen, sowie andere repressive Maßnahmen zielen darauf ab, die arabische Gesell-

schaft am Protest zu hindern“, erklärte sie. „Ihr Ziel ist es, eine Wiederholung der Ereignisse von 2021 zu verhindern.“

Shehadeh-Zoabi stimmt dem zu. Nach dem Aufstand von 2021 hätten die israelischen Behörden 16 Anklagen wegen Aufwiegelung erhoben; seit dem 7. Oktober seien es über 70 gewesen. „Es ist klar, dass Israel versucht, einen Präventivschlag zu führen und die arabische Gesellschaft daran zu hindern, ihre Meinung zu äußern, zu demonstrieren und ihren Standpunkt zu vertreten. [Israel] behandelt seine Bürger wie Feinde und steckt sie ohne Beweise in Verwaltungshaft. Dies ist eine neue Ära“. Mahajneh glaubt, dass sich dieser Trend fortsetzen wird. „Sie können jetzt ohne Probleme verhaften, wen sie wollen, und angesichts der aktuellen Lage erwarten wir, dass es in naher Zukunft noch mehr Verhaftungen geben wird.“

*Baker Zoubi ist Journalist aus Kufr Misr. Er lebt zurzeit in Nazareth.*

Quelle: <https://www.972mag.com/administrative-detention-palestinian-citizens>

Übersetzung: M. Kunkel – palaestinakomitee-stuttgart.de